

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH

NR. 54

27.10.1974

darmstadt	kampfgas in der kneipe	-1-
bremen	polizeiüberfall in der fährstr. 5	-2-
frankfurt	die räumung und ihre vorläufigen folgen	-2-
oberursel	schwere offensivraketen aus der brd werden in nordirland stationiert	-3-
münchen	repressionen nach anti-npd-demonstration	-3-
köln	spd - betriebspolitik bedroht arbeitsplätze	-3-
marburg	3 500 studenten exmatrikuliert	-3-
berlin	die "siemens welt" greift rotbuch-autoren an	-4-
nürnberg	tribunal gegen strafvollzug	-4-
frankfurt	strafanzeige gegen anstaltsärzte	-4-
bremen	erklärung von professoren zum hungerstreik	-4-
bonn	amnesty international und der hungerstreik	-4-
göttingen	aktionskomitees gegen fahrpreiserhöhung	-5-
tübingen	amt für öffentl. ordnung / stadtbildverschandelung	-5-
tübingen	ein später prozeß?	-5-
münchen	plakatzensur u. informationsverbot an der fhs	-6-
tübingen	französische offiziere erheben anklage	-6-
berlin	hochschul-frauengruppen trafen sich	-7-
dortmund	boykott - outspan - aktion	-7-

AUSLAND

marckolsheim	bauplatzbesetzung in der 5. woche / wahl-sieg	-8-
zürich	zum ergebnis der "überfremdungs" - initiative	-8-
faulquemont	französische bergarbeiter besetzen verwaltungsbau	-9-
euskadi	mitteilung der eta	-9-
london	großfahndung nach organisierten iren	-10-
washington	us - kapitalhilferekord in chile	-10-
santiago	widerstandsaktion in chile	-11-
new york	brandanschlag auf schwulen- und lesbenbüro	-11-
madison heights	zigarettenpapier nur noch gegen ausweis	-11-
byhalia	polizistenmord an schwarzem jugendlichen	-11-

ERKLÄRUNG

hungerstreik der politischen gefangenen in spanien	-11-
--	------

DOKUMENTATION

I - die zerstörte universität (schluß)	-12-
II - noch ne razzia in der bockenheimer landstr. 93	-13-

6 Frankfurt I,
hamburger allee 45
tel. 0611/704352

Postscheckkonto:
W. Spruck, Ffm. 60
Nr. 52 52 28 - 602

Verantwortlich
W. Spruck, Ffm. 60

Redaktionsschluß:
Freitag 20 Uhr

Kontaktzentren:

2 Hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 44 40 03

463 Bochum-Querenbg
ESG
Lennershofstr. 66-VIII
Tel. 70 14 65

5 Köln
Polit. Buchladen
Zulpicher Str. 197
Tel. 44 61 71

74 Tübingen
Aktion Pol. Buchladen
Nauklerstr. 20

8 München
Basis Buchhandlung
Adalbertstr. 41b
Tel. 280 95 22

Schweiz:
Eco Libro
8004 Zürich
Engelstr. 62
Tel. 01 39 12 67

MONATSABO 6,-
(gegen vorkasse)

25. oktober

wegen anwendung der waffe "chemical mace" (chemische keule) bei einem polizeieinsatz am 16. september hat der darmstädter rechtsanwalt ulrich röder strafanzeige erstattet gegen den hessischen innenminister bielefeld, den darmstädter polizeipräsidenten bernet und neun polizeibeamte.

die polizei war wegen einer harmlosen auseinandersetzung in eine darmstädter kneipe gerufen worden. der bundeswehrsoldat manfred donges, der seinen 21. geburtstag mit reichlich apfelkom feierte, ignorierte die aufforderung des überarbeiteten bierzapfers, das lokal zu verlassen. zuvor hatte er aus verdrängerung, als stammgast nichts mehr zu trinken zu bekommen, einen aschenbecher ins spülbecken fallen lassen. nach der ankündigung, die polizei werde kommen, verhielt er sich gelassen und friedfertig.

kurze zeit später kamen die beamten hartnagel und klanitz in die kneipe, sprachen kurz mit dem angestellten hinter dem tresen und forderten donges auf, das lokal zu verlassen. dieser reagierte nicht, sagte nur, er wolle noch trinken. die beamten packten ihn dann am oberarm und wollten ihn aus der kneipe zerren; doch dies klappte nicht, da sich donges am tresen festhielt - weiter war nichts.

da sprang der beamte klanitz etwa 1 bis 1,50 meter zurück und gab aus der gassprühwaffe mk - V einen gezielten schuß auf donges gesicht ab. in der kneipe, klein, überfüllt und verqualmt, verbreitete sich sogleich beißendes gasgemisch. es entstanden aufregung und protest bei den gästen. klanitz gab jedoch ungerührt einen zweiten schuß ab, der gasstrahl traf donges auf der brust. die beiden beamten verließen jetzt - wie auch die meisten gäste - das lokal und forderten verstärkung an; 3 uniformierte und zwei zivile beamte waren schnell da.

zu diesem zeitpunkt ließ sich donges, der von dem gas - chloracetophenon in einer flüssigen trägersubstanz gebunden - schwere verätzungen im gesicht hatte und in atemnot geraten war, von einem bekannten in richtung kneipenausgang führen. noch in der kneipe fielen die hereinstürzenden polizisten über ihn her, zerrten ihn an den haaren, traten ihn in den unterleib, warfen ihn vor dem lokal gegen eine am rinnenstein stehende parkuhr, mißhandelten ihn noch, als er, bereits bewußtlos, mit handschellen gefesselt, im vw-bus lag.

die zeugen des vorfalls erhielten später im zuständigen revier im darmstädter schloß auf die frage, ob die beamten eigentlich wußten, um was für eine waffe es sich bei dem eingesetzten gerät handele, die antwort: "wir haben die dinger gerade erst hereinbekommen" und "wir wissen nicht, um was es sich bei dem zeug (gemeint war das cn-gas) eigentlich handelt." da befahl dienstgruppenführer noth seinen beamten: "keine diskussion!"

fest steht, daß die beamten erst an diesem tag diese waffe, das mk-V, erhalten hatten. insgesamt wurden in darmstadt 16 ausgegeben, zur erprobung, wie aus dem polizeipräsidium zu erfahren war. deshalb sollen auch nach der verwendung erfahrungsberichte geschrieben werden. nach den tests mit kaninchen und strafgefangenen (h.j. stammel, polizeiwaffen von heute und morgen) soll die waffe nun im täglichen polizeidienst getestet werden, getestet von polizisten, die über die gefährlichkeit der waffe im unklaren gelassen werden.

übergriffe wie der geschilderte sind keine pannen und kein einzelfall. dies bestätigte auch der polizeibeamte rühl. der rechtsanwalt röder gegenüber erklärte, an diesem vorgang sei allein untypisch - und wie er sich ausdrückte - "unerfreulich", daß die betroffenen anzeige gegen die polizei erstattet haben.

die polizeiführung in darmstadt bemühte sich erfolgreich, den vorgang zu vertuschen, und die darmstädter lokalpresse erwies sich dabei als williger gehilfe. so druckte das "darmstädter echo" den polizeibericht ab, in dem von einem "hartnäckigen zecher" die rede ist, der von den "ordnungshütern" aus der gaststätte "herauskomplimentiert" worden sei. das "darmstädter tageblatt" berichtete von einem "randalierer", der "mit einfacher körperlicher gewalt" aus dem lokal gebracht worden sei. kein wort vom einsatz des cn-gases, kein wort von den anderen körperverletzungen im amt. zur pressekonferenz auf der rechtsanwalt röder die umfangreiche anklageschrift erläuterte, kamen die vertreter der darmstädter zeitungen nicht. dafür war bereits am tag der pressekonferenz in beiden zeitungen zu lesen, was man von der anzeige zu halten hat: "die vermuteten straftaten sollen laut anzeige zum nachteil eines 21 jahre alten bundeswehrsoldaten, eines als extremistisch bekannten studenten, und eines dritten mannes begangen worden sein, dessen name mit einem gelegentlichen unterzeichner linksradikaler flugblätter identisch ist." so das "darmstädter echo" am 23. 10. 1974. hier wird kaum verhüllt der versuch gemacht, die anderen zeugen einzuschüchtern, indem man sie in die nähe von "linksradikalen" journalisten.

zur rechenschaft gezogen werden sollen die beamten wegen "bedenkenlosen und folgenschweren hantierens" mit der tränengaswaffe "chemical mace", wegen körperverletzung und körperverletzung im amt und wegen verstoß gegen den grundsatz der verhältnismäßigkeit; innenminister bielefeld und polizeipräsident bernet, die entgegen den warnungen in wissenschaftlichen gutachten über die verwendung von chloracetophenon - aerosolen wissentlich und willentlich den einsatz einer solchen waffe zugelassen haben, wegen körperverletzung im amt und mittelbarer täterschaft.

wie in solchen fällen üblich erstattete die polizei gegenanzeige. donges wird körperverletzung, widerstand gegen die staatsgewalt und beamtenbeleidigung vorgeworfen.

rechtsanwalt röder ist im falle der einstellung des verfahrens durch die staatsanwaltschaft entschlossen, durch alle instanzen zu gehen - bis zur möglichkeit eines klageer zwingungsverfahrens.

beim eintreffen der zeugen des vorfalls im polizeirevier im darmstädter schloß sagte einer der beamten: "wie man's macht, ist's falsch." - stimmt.

BREMEN (ID)

POLIZEIÜBERFALL IN DER FÄHRSTRASSE 5

20. oktober

vor dem groÙeinsatz der bremer polizei am abend des 14. 10. 74 waren schon morgens 3 kriminalbeamte in der fährstraÙe. als vorwand brachten sie den fall "pappelstraÙe", in dem sie 2 von uns fragten, ob wir die "anarchisten" gekannt hätten, bzw. auf den zeitungsbildern erkennen würden.

daß der von sämtlichen zeitungen hochgespielte fall "pappelstraÙe" nur ein übler vorwand war, stellte sich am abend bei dem bedrohlichen überfall heraus. denn da wurde von 9 schwerbewaffneten zivilisten ohne irgendeine erklärung das haus gestürmt. die vorhalle, in der wir gerade zu abend aßen, wurde von 4 leuten mit entschierter maschinenpistole besetzt, während 5 andere in den 1. stock stürmten. das ganze haus war außerdem von uniformierten und zivilen polizisten umstellt. nach einiger zeit erklärte die polizei ihr merkwürdiges verhalten damit, daß sie einen mörder suchen würde. kurz vor beendigung des überfalls gab sie wieder einen anderen grund an: nämlich, daß sie einen mann suchen würde, der bis vor einem halben jahr hier wohnte und hier polizeilich gemeldet ist. in der zeitung vom 15. 10. 74 erfuhren wir, daß nach einem "anarchisten" gesucht wurde.

der groÙangelegte einsatz der bremer polizei (unterstützt durch sonderkommando und sicherungsgruppe bonn) erinnert an die faschistischen überfälle der gestapo im dritten reich, die mit der gleichen propaganda begleitet werden: der jude von gestern ist der "anarchist" von heute. diesen ein- druck haben wir uns nicht aus den fingern gesaugt, sondern er wurde uns durch das verhalten der polizei aufge- drängt. denn:

die polizei hatte keinen richterlichen hausdurchsuchungsbefehl (§§102 - 105 strafprozeßordnung) - wir wurden mit maschinenpistolen in schach gehalten, damit wir uns nicht mit einem rechtsanwalt in verbindung setzen (obwohl es das recht eines jeden bürgers ist, sich in jeder lage eines ver- fahrens mit einem rechtsanwalt in verbindung zu setzen - § 137 stpo) - wir durften nicht bei der durchsuchung der einzelnen räume dabeisein (obwohl einer hausdurchsuchung die bewohner als zeugen beiwohnen dürfen-) - die polizei hält es neuerdings nicht einmal mehr für nötig, einen wahren grund für derartig gefährliche manöver anzugeben (§ 136 stpo) - ohne ersichtlichen grund wurden auch die kinder (6 und 8 jahre alt) mit entschierter maschinenpistole in schach gehalten.

eine hausdurchsuchung mit derartigen mitteln hat einzig den zweck, die bewohner zu terrorisieren. denn der eigentliche grund für das auftreten der neuen "bremer gestapo" war folgen- der:

wir arbeiten im "komitee gegen die folter an pol. gefangenen in der brd". zu unserer aufgabe zählen wir zur zeit den hungerstreik von 39 politischen gefangenen der roten armee fraktion gegen die verrichtungshaft und sonderbehandlung durch öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. (siehe auch nebenstehendes flugblatt). das heißt, daß wir über flugblätter, broschüren, veranstaltungen, usw. die bevölke- rung über die heutigen haftbedingungen informieren. genau diese unterstützende tätigkeit soll durch derartige terrorakte verhindert werden, indem sie ... darauf angelegt sind, uns einzuschüchtern.

wir halten es für unsere pflicht, uns nachbarn, die augenzeugen dieser terroraktion waren, über die hintergründe und ursachen zu informieren. denn derartige aktionen richten sich nicht nur gegen einzelne kommunisten und demokraten, sondern gegen die ganze bremer bevölkerung:

hausdurchsuchungen in verschiedenen wohnungen - umzingelung der bremer universität wegen angeblicher "baustoffdiebstähle" (morgenpost vom 12. 10. 74: "... mit der aktion wollte die polizei für eine heilsame unruhe sorgen, um zu demonstrieren, daß wir eben auch manchmal da sind." - demonstrative räumung eines kaufhauses wegen angeblicher "bombendrohungen" - nächtlicher überfall auf die frau eines bremer rechtsanwalts.

hier soll demonstriert werden, daß jeder, der sich gegen die beschissenen zustände im knast, betrieb und wohnviertel zur wehr setzt, vom staatsapparat mit aller härte bekämpft wird.

unter dem vorwand angeblicher "bombenattentate", "baudiebstähle", usw. soll die ganze bremer bevölkerung verunsichert und gespalten werden: indem sie zur gegenseitigen bespitzelung und denunziation über die presse aufgefordert wird. wer sich für den vorfall vom 14. 10. 74 und die anderen "beispiele" interessiert, kann sich jederzeit an uns wenden!

wohnkollektiv, 28 bremen 1, fährstr. 5

FRANKFURT (ID)

DIE RÄUMUNG UND IHRE VORLÄUFIGEN FOLGEN (siehe id nr. 52/53)

24. oktober

eine halbe stunde nach der erfolgreichen besetzung des hauses in der varrentrappstraÙe war in einem telefongespräch von jugendamtsleiter faller zu erfahren, daß eine räumung zu- mindest in dieser nacht unwahrscheinlich sei, noch dazu wo das haus in der varrentrappstraÙe als jugendhaus so gut wie bewilligt wäre. faller - mit dem die jib seit einem jahr verhandelt - muß es wohl wissen, war die meinung im haus. so wurde auch nicht mehr über die mittel diskutiert, mit denen einem bullenüberfall begegnet werden könnte. einzige maÙnahme blieb die verbarrikadierung der baustür, das aber auch nur, damit die ein- und ausgehenden besser kontrolliert werden konnten.

arndt und polizeipräsident müller entschieden für die sofortige räumung. 250 leute, die sich im haus befanden, wurden verhaftet. die ersten 20 festgenommenen sind aus dem haus ge- prügelt worden, alle männer wurden nach waffen durchsucht. im polizeipräsidium waren bis zu 100 festge- nommene in einem saal, genug, um einigermaßen gute stimmung zu bewahren und z.b. telefonische anordnun- gen der bullen untereinander zu übertönen, nach essen zu schreien und lieder zu singen.

bei allen festgenommenen wurden erkennungsdienstliche maÙnahmen er- griffen: personalien, fotos für die kartei, fingerabdrücke. den rest der nacht und den folgenden tag bis zum späten nachmittag verbrachten die meisten in den zellen umliegender städte: darmstadt, hanau, wiesbaden, usw. gegen alle im haus festgenommenen soll anklage erhoben werden.

amdt behauptete mehrmals gegenüber der presse, die übergabe des hauses an die jugendlichen sei schon am 8. oktober beschlossen worden. amdt hat vielleicht davon geträumt, aber von diesem traum weder der jib noch der presse noch seinem zuständigen jugendamtsleiter etwas davon erzählt. polizeipräsident müller behauptete sogar freitag nacht, das haus solle am darauf folgenden samstag den jugendlichen übergeben werden.

weiter aus amdts märchenstunde: da das haus unter der besetzung sehr gelitten habe, wäre erwiesen, daß es den besetzern nicht um ein jugendhaus ginge, sondern um eine bewußte provokation des kbw vor den landtagswahlen (einige mitglieder des kbw, darunter landtagskandidat g. koenen, waren unter den festgenommenen). der kbw hat von der besetzung erst erfahren, als alle schon im haus drin waren und im übrigen in einer stellungnahme der kbw-stadtzeitung betont, daß diese aktion von der autonomen initiativgruppe durchgeführt worden sei. amdts unverschämtester angriff war die drohung, daß die 6 städtischen bediensteten, 3 lehrlinge, 2 arbeiter und 1 angestellte, die sich zum zeitpunkt der räumung im haus aufhielten, gekündigt werden müßten. diese wurden auch prompt im verlaufe dieser woche dem amtsjuristen vorgeführt und verhört. für mittwoch, den 30.10., haben die lehrlinge schon eine versammlung der lehrlinge der städtischen betriebe angesetzt.

die jugendlichen haben mit ständen in den stadtteilen und flugblättern in den schulen über ihren kampf informiert. die spd-ortsbezirke bockenheim und westend haben öffentlich gegen die polizeiliche räumung stellung bezogen und das vorgehen der polizei verurteilt. 13 gerichtsreferendare wandten sich in einer resolution gegen die räumung, gegen die strafanzeigen und die angedrohten entlassungen und forderten die sofortige übergabe des hauses an die jugendlichen.

OBERURSEL (ID)

SCHWERE OFFENSIVRAKETEN AUS WESTDEUTSCHLAND WERDEN IN NORDIRLAND STATIONIERT

17. oktober unter größter geheimhaltung wurden von agenten der britischen armee und des bundesnachrichtendienstes schwere offensivraketen (super-sonic) von hamburg aus nach nordirland gebracht. die elektronisch gesteuerten raketen, die doppelte schallgeschwindigkeit erreichen, wurden in jeweils kleinen kontingenten auf schiffen der prinzenlinie von hamburg nach harwich gebracht; in hamburg wurde die ladung als "elektronisches gerät" ausgewiesen, das für die "königlichen elektroniker und mechaniker ltd." in buckinghamshire bestimmt sei. tatsächlich wurden diese waffen, die bisher der nato-verfügung unterstanden, jedoch vom walisischen fishguard aus nach castle archdale, nordirland, gebracht. unweit dieses ortes, in der grafschaft fermanagh, greift die ira zunehmend britische truppen in battalionsstärke und mit mörsern sowie rpg 7 raketen (bazookas) äußerst erfolgreich an. die stationierung der von den briten eingeführten waffen verstößt gegen eine 1938 mit der süd-irischen regierung vereinbarte begrenzung der anwendung und stationierung schwerer waffen. bei dem raketen-typ handelt es sich um "hawkers sideline".

MÜNCHEN (ID)

REPRESSIONEN NACH ANTI - NPD - DEMONSTRATION

20. okt. zwei der vier genossen, die am 12.10. (siehe ID nr. 53) wegen der demonstration gegen den bundesparteitag der npd festgenommen wurden, sitzen immer noch im knast. der eine, arbeiter bei siemens wurde jetzt deswegen entlassen und dies (grund-arbeitslos, erhöhte fluchtgefahr) war wiederum rechtfertigung für den staatsanwalt, den hafterprüfungstermin erst in drei monaten anzusetzen. die andere person, trixi holzmann, ist in der zwischenszeit in den hungerstreik aus solidarität mit der raf eingetreten.

rolf heißler, der seit dem 13. oktober im hungerstreik ist, wird seit montag, 21.10.

auch zwangsemährt.

KÖLN (ID)

SPD- BETRIESPOLITIK BEDROHT ARBEITSPLÄTZE

25. oktober in köln ging vor kurzem das gerücht um, daß das kölnner druckhaus deutz ende des jahres 74 den großen druckauftrag für die "neue rheinische zeitung" ("nrz") an springer abgeben würde. das druckhaus deutz gehört der spd. durch den entzug des auftrages wären vorläufig "nur" 70 - 100 arbeitsplätze betroffen gewesen, längerfristig jedoch wahrscheinlich auch die übrigen 300, da dies finanziell ein kaum zu verdauender schlag für die druckerei gewesen wäre.

die gerüchte verdichteten sich und der betriebsrat forderte in der woche vom 7. - 12. okt. eine betriebsratsversammlung. diese wurde dann aber verschoben, da die geschäftsleitung zu verhandlungen mit dem spd-vorstand in bonn war.

montag, den 14. okt. gab es einen spontanen warnstreik der beschäftigten des druckhauses. durch diesen streik und durch den druck, den die betriebsräte auf ihre eigene partei ausübten in anbetracht der für mai 75 anstehenden nrw-landtags- und kölnner kommunalwahlen sah sich die spd wohl gezwungen, durch das spd-partei-vorstandsmitglied drüscher auf der außerordentlichen betriebsversammlung am donnerstag, den 17. 10., abzuwiegeln und verkünden zu lassen, daß der druckauftrag für 1975 verlängert wurde.

aufgehoben ist nicht aufgeschoben!

aber schon 1975 sind für die belegschaft von deutz die ersten materiellen einbußen zu erwarten, denn, so die geschäftsleitung, es sollen in der nächsten zeit die "übertarife abgebaut" werden.

als maßnahme gegen diese art der spd-politik wollen die betriebsräte aller spd-eigenen druckerei- und medienbetriebe - auch überregional - maßnahmen diskutieren, um die interessen der arbeitenden gegenüber der spd zu vertreten.

MARBURG (ID)

3500 STUDENTEN EXMATRIKULIERT!!

24. oktober an der marburger uni wurden die sozialbeiträge um 25,- dm auf 119,- dm erhöht. viele studenten folgten der aufforderung des asta, die gebührenerhöhung zu verweigern und nach wie vor 94,50 zu zahlen. die erhöhung der sozialbeiträge um 25,- dm erfolgte laut information der marburger uni - verwaltung aufgrund der gestiegenen kosten der studentischen krankensversicherung. in einem flugblatt erklärte der uni-präsident zingel: "von exmatrikulationsdrohungen, wie sie die flugschrift des asta erwähnen, kann danach keine rede sein. die exmatrikulation ist bereits geschehen!" das heißt, daß 3500 studenten keine studienbescheinigungen, keine krankenscheine und keine ausbildungsförderung erhalten.

der marburger asta argumentiert, zingel interpretiere geltende rechtsbestimmungen "ungenau bis an die grenze der willkürlichkeit". nach dem grundsatz der verhältnismäßigkeit der mittel sei eine exmatrikulation wegen einer nichtbezahlten gebührenerhöhung von 25,- dm nicht möglich. weitere kampfmaßnahmen werden vorbereitet.

BERLIN (ID)

DIE "SIEMENS-WELT" GREIFT ROTBUCH - AUTOR AN

18. oktober

die 17. zivilkammer des stuttgarter landgerichts hat der unterlassungsklage der siemens-ag gegen die satirische festschrift "unsere siemens-welt" von f. c. delius in 14 von 19 punkten stattgegeben. außerdem wurde siemens ein z. z. noch nicht bezifferter schadensersatzanspruch gegenüber autor und verlag zugebilligt, die zusätzlich den größten teil der kosten zu tragen haben. die konsequenzen dieses urteils (streitwert 200 000 dm), mit dem sich auch der schriftstellerverband und der pen-club beschäftigen werden, reichen wegen der schadensersatzforderung bis zur existenzbedrohung des autors und der beiden verlage rotbuch und wagenbach.

in ihrer urteilsbegründung gehen die richter davon aus, daß die "festschrift" kunst im sinne des artikels 5 abs. 3 des grundgesetzes ist. andererseits erkannten sie einzelne passagen der satire für unwahr und für geeignet, "nachteile für das fortkommen der klägerin herbeizuführen". so werden u. a. die behauptungen untersagt, siemens sei an der installierung der vergasungskrematorien im kz auschwitz beteiligt gewesen und habe sich während des 2. weltkriegs in den besetzten ländern fabriken angegliedert. gleichfalls sind passagen über entlassungen von siemens-mitarbeitern während ihrer probezeit und über nicht im geschäftsbericht ausgewiesene bezüge von vorstandsmitgliedern zu unterlassen. sechs anträge von siemens, darunter die auf verbot des buchtitels und der formulierung, siemens könne eine atombombe bauen, wurden jedoch abgewiesen.

in einer ersten stellungnahme zu dem urteil weist f. c. delius darauf hin, daß er sich in seinem buch bewußt nur auf öffentlich zugängliche quellen über das haus siemens gestützt habe. gegen keine der weit mehr als tausend detailinformationen, die er in seine satirische festschrift eingearbeitet habe, seien zuvor juristische schritte von siemens bekannt geworden. wenn belletristischen autoren die pflicht zur nachprüfung jeder wissenschaftlichen und publizistischen quelle auferlegt werde, sei eine realistische literatur "tendenziell unmöglich gemacht".

wie delius und der rotbuch verlag weiter mitteilen, sind von den 14 zu unterlassenden behauptungen lediglich fünf unrichtig, die in den letzten auflagen z. t. bereits geändert sind. in den übrigen neun punkten sei die beweislage zumindest offen. autor und verlag werden in berufung gehen.

NÜRNBERG (ID)

TRIBUNAL GEGEN STRAFVOLLZUG

25. oktober

am 31. 10. 74 findet im komm-kommunikationszentrum in nürnberg um 19.30 uhr das tribunal gegen den strafvollzug in der brd statt. im rahmen der veranstaltung wird unter anderem informiert über den hungerstreik der raf-genossen, über die isolationsfolter an gertraud will in nürnberg und den justizskandal in mannheim.

FRANKFURT (ID)

STRAFANZEIGE GEGEN ANSTALTSÄRZTE

24. oktober

die anwälte der gefangenen ronald augustin und holger meins haben gegen die ärzte ottien in hannover und freitag in wittlich/eifel strafanzeige erstattet wegen gefährlicher körpverletzung als folge der zwangsernährung an den gefangenen, und gegen den chefarzt des gefängnislazarets in lingen, dr. kolluschek, strafanzeige wegen mordversuchs an r. augustin durch trinkwasserentzug für 3 tage bei gleichzeitigem aussetzen der zwangsernährung. (siehe ID nr. 53).

um die aktion zu verdecken, hatte weder die anstaltsleitung in lingen noch das niedersächsische justizministerium das gericht, die staatsanwaltschaft oder die verteidiger informiert, noch den versuch gemacht, einen richterlichen beschluß zu erwirken. nach am donnerstag (17. 10.) hat der anstaltsleiter und der anstaltsarzt den richter, dr. homig, (osnabrück) und den staatsanwalt dr. hunger (osnabrück) belogen und erklärt, ronald augustin habe ausreichend trinkwasser.

BREMEN (ID)

ERKLÄRUNG VON 40 BREMER PROFESSOREN ZUM HUNGERSTREIK DER POLITISCHEN GEFANGENEN

23. oktober

die hungerstreikaktion der politischen gefangenen in der bundesrepublik unterstützten 40 bremer professoren in einer anzeige im "bremer weserkurier" vom 16. oktober, in der sie gegen die haftbedingungen und isolierhaft politischer gefangener in der brd protestierten.

sie sahen sich zu dieser anzeige gezwungen, um "die öffentlichkeit auf einen sachverhalt hinzuweisen, über den die presseorgane bislang so gut wie gar nicht berichtet haben." die professoren sehen in der behandlung "der politischen gefangenen ein beispiel dafür, daß nicht davor zurückgeschreckt wird, politische gegner bis zur physischen vernichtung zu verfolgen. wir unterstützen die forderung der politischen gefangenen nach sofortiger aufhebung ihrer lebensvernichtenden sonderbehandlung. angesichts des fortschreitenden physischen verfalls appellieren wir an alle, sich dieser forderung anzuschließen."

BONN-LENGSDORF (ID)

AMNESTY INTERNATIONAL - UND DER HUNGERSTREIK

22. oktober

a i hielt im rahmen des städtischen kulturprogramms eine musikveranstaltung im feudalen "bonn-center" über folter in der wei ten welt (spanien und vietnam) ab. etwa 300 leute waren da, meist jugendliche. am anfang der pause gingen wir ans mikrofon und begannen über die politischen gefangenen in der brd zu reden. nach wenigen stützen schaltete a i das mikrofon ab. daraufhin verteilten wir

die hungerstreik-erklärung der gefangenen, die nach dem vorgefallenen mit großem interesse aufgenommen wurde, in den folgenden diskussionen zeigte sich, daß wir sehr gut hätten geld sammeln oder einen bücher tisch machen können, aber dazu waren wir - diesmal noch - zu nervös und besonders zu wenige!!
rh bonn, c/o a. rokko, 53 bonn- lengsdorf, josefstraße 8

GÖTTINGEN(ID)

AKTIONSKOMITEES GEGEN FAHRPREISERHÖHUNG GEBILDET

25. oktober

auf der grundlage der nachstehend abgedruckten resolution sind in den druckbetrieben hubert & co. und musterschmidt aktionskomitees gegen die zum 1. januar 1975 geplanten tarif-erhöhungen der stadtwerke gegründet worden.

der göttinger-betriebs-express unterstützt die in der resolution genannten forderungen und den aufruf zur gründung weiterer komitees in betriebe, schulen, hochschulen und stadtteilen. um ein einheitliches vorgehen zu erreichen, ist von kollegen von hubert & co. und musterschmidt ein erstes treffen von delegierten aller komitees vorgeschlagen worden. das treffen brachte aber keine konkreten ergebnisse.

resolution gegen die geplante fahrpreiserhöhung:

wir protestieren schärfstens gegen die zum 1. januar 1975 geplanten tarif erhöhungen der stadtwerke, insbesondere gegen die erhöhung der bustarife, die den preis des einzelfahr-scheins auf 1,10 dm treiben würde. diese erhöhung trifft jene große zahl von arbeitern, angestellten, lehr-lingen, stud enten , schülern und rentnern, die auf die öffentlichen verkehrsmittel angewiesen sind.

während kaufhaus- und versicherungskonzerne auf den trümmern zerstörten billigen wohnraums unter günstigsten finanzierungsbedingungen ihre betonpaläste hochtreiben können, müssen die familien der werktätigen an den stadtrand in teure Neubauten ziehen. zugleich finden wir in der umgebung von hertie und karstadt die größte busliniendichte, am stadtrand aber busfolgen von einer stunde und mehr bei kilometerweit auseinanderliegenden haltestellen. doppelter gewinn für die großen konzerne, doppelter verlust für die werktätigen, für die lernende und studierende jugend.

diese entwicklung haben wir nicht zuletzt dem stadtrat zu verdanken. geht es um die interessen der großen konzerne, beweist er ein offenes ohr; geht es um unsere belange, stellt er sich taub. geht es um den bau der östtangente zugunsten der großen baulöwen und autokonzerne - zulasten der privaten anlieger und kliniken, rührt er sich nach kräften; geht es um zweckmäßige nutzung unserer steuer-gelder für ein dichtes und billiges öffentliches verkehrsnetz, rührt er keinen finger.

u ns ist aus diesen erfahrungen klar, daß wir mit aussicht auf erfolg nur dann gegen die fahrpreiserhöhungen kämpfen können, wenn wir uns auf uns selbst verlassen und uns zusammen-schließen.

für folgende forderungen werden wir alle uns zu gebote stehenden kampf-mittel einsetzen: - keine erhöhung der bustarife - verbilligter einheitstarif für lehrlinge, schüler, studenten und rentner.

göttinger betriebs-express 6/74

TÜBINGEN (ID)

DAS AMT FÜR ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND DAS PROBLEM DER "STADTBILDVERSCHANDELUNG"

8. oktober

der asta der universität tübingen bekam von herm klink, leiter des amtes für öffentliche ordnung, einen brief, in dem er kundtut, daß von nun an in tübingen gegen die "stadtbildver-schandel ung" gekämpft wird. unter anderem stand in dem brief zu lesen: dazu wurde "neben dem polizeirevier auch der vollzugs- und feldschutzdienst der stadtverwaltung beauftragt, jeden plakattierer, der dies tut, zur anzeige zu bringen. neben einem deftigen bußgeldbescheid erwarten solche störer auch noch die kosten für die beseitigung ihrer misstat.

da der asta tübingen und die ihm nahestehenden gruppen gelegentlich durch wildes plakattieren in erscheinung getreten sind, haben wir uns an sie gewandt und hoffen auf ihr verständ-nis. weitere plakattierereien bis zum erstellen der plakattwände nicht mehr vorzunehmen."

der asta distanzierte sich mit einem flugblatt von dem schreiben: "was sich ein herr klink, der dadurch bekannt ist, daß er gemeinsam mit der polizei bei jeder politischen veranstaltung, sei es demo, kundgebung oder latz-prozess gesichtet wird, "mit freundlichen grüßen" unterzeichnend leistet, hat mit der politik des asta nichts gemein. wir werden weder die dem asta nahestehenden gruppen daran hindern, ihrer freien meinungsäußerung nachzugehen, noch kann uns der fromme wunsch der stadtverwaltung plakattwände aufzustellen, mehr als ein lächeln abringen. wir erinnern uns an die jagd von polizeibeamten mit gezogener pistole und hunden auf plakattkleber im fall latz. wir erinnern an die mindestens 20 anzeigen gegen flugblatt-verteiler der bürgerinitiative neckarmüllerei/schwabenhaus, der chile-aktionseinheit und anderer gruppen. wir werten diese maßnahmen als weiteren präventiven schritt, die meinungsfreiheit der linken mit hilfe des staatlichen gewaltmonopols weiter einzuschränken. wir sind der meinung, daß die (wahlkampf)visagen von den kandidaten schweizerhof, schmid etc., die an jedem hauseck hängen, die stadt tatsächlich verschandeln!"

TÜBINGEN (ID)

EIN SPÄTER PROZESS ?

10. oktober

am 1. februar 1973 besetzten ca. 300 studenten das zimmer von dekan felscher am mathematischen institut der universität tübingen. vorausgegangen war der kampf der mathematik-studenten um bessere skripten für die vorle sungen. dekan felscher, der sich nie bereit erklärt hatte, mit den studenten darüber zu diskutieren, versuchte mit allen mitteln, die studenten unter druck zu halten und den kampf um ihre rechte zu ersticken. er riß sämtliche plakate ab, verfügte ein plakattierverbot am institut, sprach der fachschaft das recht auf eigene räume ab und drohte mit anzeigen.

daraufhin zogen am 1. 2. 73 die 300 in seine vorlesung, um die zurück-nahme der repressionsmaßnahmen zu fordern und mit ihm über die situation am institut zu diskutieren. doch felscher hüllte sich in arrogantes schweigen und wollte sich in sein dekanzimmer zurückziehen.

die kommitonen folgten und besetzten das dekanat. eine räumung durch die polizei fand nur deshalb nicht statt, weil zunächst felscher am telefonieren gehindert wurde und in tübingen sowieso nicht genügend beamte zur verfügung standen.

doch ganz so einfach wollte die unbürokratie diesen "verstoß gegen ihre ordnung" nicht über die bühne lassen.

da im dekanat niemand "dingfest" gemacht werden konnte, felscher sich aber an "bekannte" gesichter zu erinnern schien, holte man kripo und popo zu hilfe, welche die am nachmittag folgende lhg demo (sowieso schon?) fotografierten. felscher schaute sich die bilder an und identifizierte zwei der darauf markierten "hausfriedensbrecher und nötiger". pech war, daß sich herausstellte, daß einer davon gar nicht im dekanat gewesen war! also blätterte felscher eigenhändig die studentenkartei durch und fand dort noch so einen "missetäter". zwei rädelsführer waren endlich erkannt!

am 10. 10. 1974, fast ein jahr später, fand dann der prozess im amtsgericht tübingen statt. er war in aller stille vorbereitet worden. die beiden "angeklagten" wurden wegen "gemeinschaftlichem hausfriedensbruch" und "nötigung" zu je 150,- dm geldstrafe verurteilt - und sind jetzt vorbestraft!

ein verspäteter prozess? man ist eher geneigt zu sagen, eine ausgeklügelte taktik, um die einschüchterung an der uni zu verschärfen. niemand mehr soll sich sicher sein, daß er nicht doch noch kurz vor der verjährung seines "deliktes" vor die justiz gezerzt wird, - als ein "rädelsführer" von vielen, die gemeinsam um ihre rechte gekämpft haben.

und momentan scheint die rechnung der herrschenden sogar aufzugehen: zum prozesstermin konnten nur wenige kommitonen mobilisiert werden. wo blieben die 300, von denen jeder einzelne genausogut als "rädelsführer" herhalten könnte? haben sie vielleicht angst, noch im gerichtssaal von felscher und seinen anonymen helfern identifiziert zu werden?

MÜNCHEN (ID)

PLAKAT-ZENSUR UND INFORMATIONSVERBOT AN DER FACHHOCHSCHULE

23. oktober

vize brunner und verwaltungsleiter brockhausen lassen die katze aus dem sack: was bisher nur eine vermutung war, wurde uns jetzt von der hochschulverwaltung bestätigt: die hausmeister sind angewiesen: jedes plakats, jede wandzeitung, alles was auch nur etwas mit dem asta oder den fachschaften zu tun hat, muß sofort herabgerissen und vernichtet werden! das verwaltungspersonal ist angewiesen: studenten, die sich für asta und fachschaften einsetzen, mitglieder von asta und fachschaften und alle personen, die damit zu tun haben, dürfen in keinem falle unterstützt werden!

was steckt dahinter? nachdem die hochschulverwaltung und hinter dieser das kultusministerium festgestellt hat, daß hier an der fhm trotz verbot die freie organisation der studenten besonders stark ist (man denke nur an die urabstimmung im letzten semester: über 92 % der kommitonen für asta und fachschaften), greift man nun jetzt zu terroristischen mitteln, um gegen die verfaßte studentenschaft vorzugehen.

das demokratische recht auf informationsfreiheit wird mit füßen getreten.

hier nur einige beispiele von dem, was in der letzten woche vorgefallen ist: auszüge aus telefongesprächen zwischen der verwaltung und dem asta:

asta: "hier spricht der asta..."

brunner: "ach, was wollen sie denn, sie gibt es doch gar nicht..."

(da muß er aber tomaten auf den augen haben...d.red.)

asta: "... mit ihrer verordnung zerstören sie ein elementares grundrecht!"

brockhausen: "das ist mir doch wurscht!"

solches und ähnliches bekamen wir zu hören. als wir fragten, warum man nur unsere plakate von den anschlagstafeln reißt, während die von burschenschaften und anderen rechten organisationen hängen bleiben, wies man uns darauf hin, daß das mit absicht geschehe! sicherheitshalber erließ aber verwaltungsleiter brockhausen gleich eine neue verordnung: jedes plakats, daß in der fachhochschule aufgehängt wird, muß von der verwaltung erst genehmigt werden. brockhausen ließ auch gleich heraushängen, daß wir damit rechnen können, daß man unsere plakate nicht genehmigt. prompt wurde auch der aushang unsrer beitragsplakate (die mit dem grünen wurm) von der verwaltung verboten!

kommitonen, das ist zensur und bedeutet: kein recht auf freie meinungsäußerung! also zustände, wie sie sonst nur in terroristischen staaten vorkommen. ein dozent (fachbereich e-technik), nachdem er von den vorfällen erfuhr, meinte: "... das erinnert ja fast an die zeiten vor 45...!" diesen vorgängen müssen wir einhalt gebieten, denn: heute verbietet man uns das plakätieren, morgen dürfen wir keine flugblätter mehr verteilen und übermorgen...?

wir sind der meinung, daß man aktionen dagegen auch gemeinsam mit anderen hochschulen planen muß und werden uns dazu gemeinsam mit allen interessierten überlegungen machen, um sie dann den studenten als vorschläge zur diskussion zu stellen. beachtet bitte unsere weiteren informationen dazu! unsere grundsätzlichen forderungen lauten: weg mit dem plakatsverbot für asta und fachschaften! keine informationszensur an der fhm! für das recht auf freie meinungsäußerung auch innerhalb der fhm! asta, fachhochschule münchen, lothstr. 52

TÜBINGEN (ID)

FRANZÖSISCHE OFFIZIERE ERHEBEN ANKLAGE (siehe id nr.51,52)

14. oktober

französische offiziere haben gegen die gim anklage wegen beleidigung erhoben. der grund: auf einem flugblatt, das zum "tag der offenen tür" vor der kaseme in der reutlingerstraße verteilt wurde, werden die franz. offiziere als "les crevures" bezeichnet. dieses wort ist der franz. umgangssprache entnommen, und hat etwa die gleiche bedeutung wie im deutschen "bulle" für polizist, oder "pauker"

für lehrer. wenn die frz. offiziere deswegen gleich nach dem gericht rufen, obwohl sie sich den gleichen ausdruck tagtäglich in den kasernen gefallen lassen müssen, obwohl der gleiche ausdruck titel einer soldatenzeitung ist, dann tun sie das mit einer bestimmten absicht:

seit wenigen monaten beginnt sich in der frz. armee eine bewegung des protests gegen die unmenschlichen und undemokratischen zustände in den kasernen auszubreiten: in einer unterschiftensammlung sind in kurzer zeit über 3600 unterschritten zusammengekommen und in einigen kasernen kam es zu offenem protest: in draguignon demonstrierten 200 soldaten; in straßburg konnte eine demonstration nur durch massive repression verhindert werden. ihre wichtigsten forderungen sind:

- informations- und versammlungsfreiheit für soldaten
- angleichung des soldes an den gesetzlichen mindestlohn
- freie wahl des ortes des wehrdienstes und kostenlose heimfahrt
- freizügigkeit außerhalb der dienstzeit

die aussicht für die offiziere, diese bewegung durch hohe gefängnisstrafen zu ersticken, sind endgültig geschwunden, nachdem die soldaten die unterstützung und sympathie von außen erhalten haben: die gewerkschaften cfdt und cgt und die parteien der up unterstützen die forderungen der soldaten, sowie teile der revolutionären linken, darunter die franz. sektion der 4. internationale, verwenden gegenwärtig alle kräfte darauf, die forderungen der soldaten außerhalb der kasernen zu unterstützen.

deshalb haben die kasernen im ausland für die franz. offiziere eine große bedeutung: die soldaten sind isoliert und die disziplin ist strenger. besonders aktive soldaten und fast alle neue rekruten, die als "links" bekannt sind, werden nach deutschland geschickt. aus diesem grunde versuchen die frz. offiziere mit allen mitteln, die unterstützung durch deutsche organisationen zu verhindern. das können sie aber nur in zusammenarbeit mit den deutschen behörden. und wo diese, um sich konflikte zu ersparen, nicht mitziehen, versuchen sie die unterstützung zu erzwingen. die taktik ist dabei immer dieselbe: indem sie flugblattverteiler tätlich angreifen, sie auf franz. gelände in die kasernen zerren, ihnen die flugblätter wegreißen, provozieren sie konflikte: so in london, pforzheim, speyer. auch in tübingen versuchten frz. offiziere die deutsche polizei zum eingreifen zu bewegen. und mit dem hinweis auf solche konflikte und die deutsch-franz. freundschaft verbieten dann die behörden das flugblattverteilen. so in reutlingen, wo uns das flugblattverteilen untersagt wurde, weil es ein paar jahre vorher beim "tag der offenen tür" zu handgreiflichkeiten gekommen war, denn mit "deutsch-französischer freundschaft" ist natürlich die zu den offizieren, aber nicht die zu den soldaten gemeint!

nachdem die tübinger behörden die verteilung genehmigten, brauchten die offiziere einen neuen konflikt: die beleidigungsklage. und sie hoffen, die haltlosigkeit der anklage durch ihre weitreichenden beziehungen auszugleichen. aber ihr schuß wird nach hinten losgehen, denn sie lenken mit einem prozess das interesse der tübinger öffentlichkeit selbst auf die kasernen, die sie so gerne isolieren und im dunkel lassen wollen.

solidarität mit den französischen soldaten!

BERLIN (ID)

HOCHSCHUL-FRAUENGRUPPEN TRAFEN SICH

25. oktober

in berlin fand am 19./20. oktober ein treffen von hochschul-frauen-gruppen statt. der einladung der berliner hochschul-frauengruppe folgten etwa 50 frauen aus aachen, berlin, frankfurt, münchen und hamburg, um erfahrungen auszutauschen und gemeinsam perspektiven für frauenhochschularbeit zu entwickeln (seminararbeit, studienberatung für frauen, frauenlehrstühle etc.) wichtigstes gemeinsames nahziel: die errichtung eines "archivs" für arbeiten aller fachbereiche zu frauenthemen. das heißt, wir wollen einen katalog aufstellen, in dem referate, diplomarbeiten, dissertationen und sonstige examina mit stichpunkten zum inhalt, seitenzahl, wann - wo erschienen, welcher fachbereich, aufgeführt sind, damit frauen, die am selben oder ähnlichen themen arbeiten, sich informieren können. fotokopien werden dann gegen entgelt (10 - 20 pfennige pro seite) zugeschickt. wer näheres erfahren will oder schon arbeiten für das archiv hat, wen de sich bitte an: angelika tumber, 6 ffm, hamburger allee 47, tel. 0611/702783

das nächste treffen der hochschulfrauengruppen findet ende des semesters (vom 28. 2. bis 2. 3. 75) in frankfurt statt.

DORTMUND (ID)

BOYKOTT - OUTSPAN - AKTION

17. oktober

südafrikanische orangen haben einen bitteren nachgeschmack, meinen die 150 mitglieder der anti-apartheid-bewegung in der bundesrepublik und das informationszentrum dritte welt (dortmund). deswegen rufen diese gruppen anläßlich einer werbekampagne der südafrikanischen firma outspan zum boykott der "apartheid-produkte" auf.

augenblicklich fahren sieben südafrikanische "outspan-girls" in zwei "apfelsinen-autos" durch nordrhein-westfalen und werben vor supermärkten und einzelhandelsläden für die produkte der rund 4.000 citrusfarmer aus südafrika, swasiland und mozambique, die sich zu einer absatzorganisation der south african co-operative citrus exchange ltd. zusammengeschlossen haben. dieses unternehmen steuert den vertrieb der früchte über die outspan- organisation in westeuropa.

die träger der "boykott outspan aktion!" vertreten die ansicht, daß der reichum der farmer und aller weißen in südafrika auf dem rücken der afrikanischen bevölkerung gewonnen wird. ein schwarzer arbeiter auf einer plantage in südafrika verdient für die gleiche arbeit lediglich ein zwanzigstel des lohnes weißer arbeiter in südafrika. obwohl zwar auch die löhne schwarzer arbeiter in den letzten jahren angestiegen sind, hat sich dennoch die lücke zwischen den löhnen von weißen und afrikanern vergrößert. (quelle: united nations, unit on apartheid, no. 22.70).

die apartheid-politik hat zu einer art von versklavung von vier fünfteln der bevölkerung geführt. da der wirtschaftliche erfolg südafrikas einer der wichtigsten faktoren für das weiterbestehen der apartheidpolitik ist, muß nach ansicht der anti-apartheid-bewegung so weit, wie möglich, jede wirtschaftliche beziehung zu südafrika abgebrochen werden. der südafrikanische premierminister vorster sagte am 26. 8. 1972 auf einer landwirtschaftsschau in pretoria: "jedes südafrikanische produkt, das gekauft wird, ist ein wichtiger baustein in der mauer unserer fortwährenden existenz."

die "outspan-girls" befinden sich bereits seit dem 7. oktober in nordrhein-westfalen. bisher wurden sie jedesmal am ort mit boykott-aktionen ortsansässiger mitglieder der anti-apartheid-bewegung oder, wie in siegen, der evangelischen studentengemeinde begrüßt. dort und in wuppertal wurden die hausfrauen mit plakaten und flugblättern gebeten, die südafrikanischen waren, - einer aufforderung der vereinten nationen folgend -, zu boykottieren. in köln wurden schon vor eintreffen der "girls" die bürger durch informationsstände in der innenstadt über die zielsetzung der aktion informiert. für die kinder, die von den "outspan-girls" mit dauerlutschern beschenkt wurden, hat das informationszentrum dritte welt luftballons bedruckt auf denen geschrieben steht: "ich esse keine outspan-apfelsinen. ich presse keine südafrikaner aus!" für die dortmunder aktion, die als nächste stattfinden wird, wurden auch straßentheaterszenen eingeübt, ein vw-bus als "anti-apartheid-bus" dekoriert, und eine tondiaserie für die vorführung am bus erstellt. andere aktionen werden in essen und düsseldorf bei eintreffen der "girls" stattfinden.

die veranstalter betonen, daß sich ihre aktion nicht gegen die ladeninhaber, bei denen outspan werbung macht, oder persönlich gegen die "outspan-girls" richtet. um dies zu demonstrieren, hat man den mädchen in köln einen großen blumenstrauß ins hotel geschickt. in einem begleitschreiben heißt es: "... wir kämpfen gegen die ausbeutung und unterdrückung der nichtweißen bevölkerung südafrikas. deshalb würden wir lieber denen begegnen, die für das unmenschliche apartheid-system in ihrem land die verantwortung tragen: ihre führenden politiker und wirtschaftsmanager. wir bedauern, daß wie bei unserer protest-aktion nicht die eigentlich schuldigen antreffen, sondern charmante junge damen, die man offenbar mit den verlockungen einer interessanten europareise geködert hat..."

auf anfrage können wir die jeweiligen termine und orte der lokalen aktionen bekanntgeben, die uns jedoch auch erst durch die outspan-anzeigen in den lokalzeitungen kurzfristig bekannt werden.

kontaktadresse: informationszentrum dritte welt, 46 dortmund, weißenburgerstr. 23

AUSLAND

MARCKOLSHEIM (ID)

BAUPLATZBESETZUNG IN DER FÜNFTEN WOCHE/WAHLSTIEG DER BÜRGERINITIATIVE (siehe ID nr.46, 50-53)

25.okt.

-die nachwahlen für die 11 aus protest gegen das bleiwerk zurückgetretenen gemeinderäte in marckolsheim brachten einen großen sieg für alle, die den bau des bleiwerks nun schon fünf wochen lang verhindern: alle 11 geminderäte wurden aus der liste der g.i.s.e.m., einer der 21 bürgerinitiativen, gewählt. der bürgermeister trat daraufhin zurück; am 19.10. wurde aus den reihen der platzbesetzer ein neuer bürgermeister gewählt.

-die 21 bürgerinitiativen und die fraueninitiative haben der badischen zeitung, der einzigen regionalen zeitung, gedroht, dafür zu sorgen, "daß die badische zeitung in 14 gemeinden des kaiserstuhls massenhaft abbestellt wird", wenn sie weiterhin über die bauplatzbesetzung schweigt, aber über den presseball in freiburg ausführlichst berichtet:

"was ist wohl von größerem öffentlichen interesse, das tanzbein des ministerpräsidenten oder die bevölkerung, die sich unter großen persönlichen opfern gegen gefahren wehrt, die kein mensch mehr ernsthaft bestreiten kann?

unser kampf um das recht, nicht gefährdet zu werden ist hundertmal schwieriger als die bemühungen der cwm, unsgefährdet zu dürfen. wir wünschen, daß auch die bevölkerung in freiburg und umgebung über die vorgänge in marckolsheim ausreichend informiert wird."

-nach vier wochen bauplatzbesetzung, die mit jeder woche mehr rückhalt in der badischen und elstässischen bevölkerung findet, hängen sich abgeordnete, weinbauverband, und bürgermeister an die bewegung und versuchen den anschein zu erwecken, als seien sie schon immer gegen gefährdende industrie gewesen. cdu-landtagsabgeordneter evers "zeigt sich über die bedingungen erschüttert, unter denen gegenwärtig bleiwerksgegner auf dem bauplatz kampieren." (BZ, 22.10.74)

auch der bürgermeister von wuhl, zimmer, bekannt als kernkraftwerkbefürworter und williger verhandlungspartner der badenwerk a.g., reiht sich in die reihe der bleiwerksgegner ein.

sie machen sich lächerlich vor der bevölkerung auf beiden seiten des rheins, denn die 21 bürgerinitiativen haben von anfang an erklärt, daß der kampf gegen bleiwerk und kkw gemeinsam geführt wird. "man kann jetzt nicht gegen das bleiwerk und für das atomkraftwerk sein und umgekehrt: eins hängt mit dem anderen zusammen und beides kann uns nur schaden." (frauen schlagen alarm; flugblatt)

-am sonntag, 20. oktober, versammeln sich 4000 elstässer und badener auf dem bau platz. immer mehr dörfer im südlichen teil des kaiserstuhls beteiligen sich am kampf gegen bleiwerk und kkw. sie erklären: "es ist ungewiß, ob wir dem sieg nahe sind, aber sicher ist, wir sind ihm näher als zu beginn der aktion."

ZÜRICH (ID)

ZUM ERGEBNIS DER ÜBERFREMDUNGS-INITIATIVE

20. oktober

die überfremdungs-initiative der "nationalen aktion" ist am 20. oktober mit beinahe 2/3-mehrheit verworfen worden. die initiative verlangte die sofortige ausweisung einer halben

million fremdarbeiter und hätte die schweizer wirtschaft in eine schwere krise gestürzt. das bürgerium jubelt über den rückgang der ja-stimmen seit der letzten initiative der überfremdungsgegner von 1970. die gewerkschaften und die linke bis weit in die außerparlamentarischen gruppen hinein feiern das abstimmungsergebnis als "sieg der einheit der arbeiterklasse".

tatsächlich hat das abstimmungsergebnis nur einmal mehr die tiefe spaltung der arbeiterklasse in der schweiz bestätigt. die ja-stimmen kamen (neben den unterentwickelten landkantonen) vor allem aus der arbeiterschaft. im kanton zürich betrugen sie im schnitt 35 %, in der stadt zürich haben die zwei ältesten arbeiterquartiere die initiative angenommen, die ja-stimmen stehen fast parallel zum anteil der arbeiterfamilien in den einzelnen quartieren.

für das schweizer kapital könnte das ergebnis kaum besser sein. mit der überfremdungsthematik kann es die antikapitalistischen tendenzen vor allem der älteren einheimischen arbeiter kanalisieren und den gemeinsamen klassenkampf mit den emigranten verhindern. andererseits hat es sich in dieser abstimmung stark genug gezeigt, um die auswirkungen seiner eigenen taktik zu kontrollieren. zu befürchten bleibt eine weitere radikalisierung und faschisierung der überfremdungsgegner.

vielleicht entstehen bereits die ersten harten kerne...

FAULQUEMONT (LE MONDE/ID)

17. oktober

etwa hundert bergarbeiter von faulquemont (mosel) und saint-florent sur auzonnet (gard) haben am 15. oktober am nachmittag das parterre der kohlenbaugesellschaft von faulquemont in paris besetzt. eine delegation von cgt und cfdt wurde vom generalsekretär der kohlenbaugesellschaft empfangen. "wir haben es gehört, aber nicht verstanden. die direktion hält an ihrer entscheidung fest, die gruben von faulquemont und saint-florent zu schließen", erklärte der cfdt-mann kaspar, während m. blondeau (cgt) die minenarbeiter ermutigte, das gebäude zu besetzen.

die arbeiter verstreuten im haus mehrere sätze kohle auf den treppen, "um zu illustrieren, daß es noch genügend kohle in den verdamnten gruben gibt." am selben tag haben die arbeiter von faulquemont die halle der direktion von houillezes im becken von freyming-merlebach besetzt.

von mehr als 300 polizisten, mit trünnengasgewehren bewaffnet, wurden die bergwerksarbeiter drei tage später um zwei uhr morgens gezwungen, das direktionsgebäude zu verlassen.

die lage spitzte sich tags zuvor zu, als 80 bürgermeister und stadträte des kreises versuchten, die polizeisperrn zu durchbrechen, um sich mit den arbeitsern im gebäude zu treffen. schläge wurden ausgeteilt und m. bastian, zurückgetretener bürgermeister von faulquemont, wurde verletzt. er will vor der bürgermeisterversammlung von frankreich klage erheben.

nach diesen vorfällen besetzten polizisten mit gewalt die eingangstür und schlugen die dort stehenden arbeiter zusammen. zwei wurden verletzt. dann umstellten mobilgarden das gebäude und bereiteten sich zum angriff vor. die arbeiter erklärten, das gebäude widerstandslos zu verlassen, doch sie ließen ihrer wut lauf, als andere bergarbeiter, durch die sirenen der gemeinde alarmiert, zu hilfe eilten. durch die intervention der delegierten der arbeiter konnte eine gewaltsame auseinandersetzung verhindert werden. beim verlassen des gebäudes riefen einige arbeiter den polizisten zu: "kommt ja nie mehr zu uns, sonst gibts revolution!"

etwas später, sagte der cgt-delegierte henry freyberg im empfangssaal der gruben von faulquemont vor den versammelten arbeitsern: "heute haben sie erlebt, zu was die regierung alles fähig ist. aber der kampf geht weiter. wir behalten die gruben."

EUSKADI (BASKENLAND) (ID)

15. oktober

MITTEILUNGEN DER E T A (EUSKADI TA ASKATASUNA)

zusammenfassung der letzten vorkommnisse in euskadi

2. 9. 74 - ein kommando der eta ging gemeinsam mit den fabrikarbeitern in das fabrikgelände der fa. tubacex in Ildio hinein. sie haben sich bei dieser gelegenheit eine summe von 10 mill. peseten entnommen. diese geldentnahme ist der grund der verstärkung der kontrolle auf strassen und grenzen.

10. 9. 74 - ein kommando hat beim versuch, die grenze zu überschreiten, ein heftiges schussgefecht mit der guardia civil. der festgenommene vicente gurruchaga ecenarro erklärte nach grausamer folterung (er hatte unter anderem kopfhautwunden), zwei wohnungen in bilbao und zorrosa (vizcaya) zu kennen.

11. 9. 74 - die polizei erwartete die eta-militanten in dem haus in bilbao, wo sich ein erneutes gefecht entfachte. dabei wurden einige passanten und ein guardia civil, martin duran grande, verletzt. der letztgenannte starb an den folgen der verletzungen, die er sich bei dem schußwechsel mit unserem militanten jon urcelay imaz zugezogen hatte. unser militant konnte entkommen, verschiedene personen wurden festgenommen. am nachmittag wartete die polizei im haus von zorrosa. als unsere militanten dort ankamen, kam es zu einem neuen heftigen gefecht. zwei guardia civiles wurden verletzt, aber unser militant jon urcelay imaz fiel von kugeln durchsiebt.

13. 9. 74 - in der bar "rolando" von madrid gegenüber des sicherheitsbüros explodierte eine bombe. durch die explosion starben 11 menschen und 70 weitere wurden verletzt; die mehrheit waren polizisten; obwohl die spanische presse behauptet: "es waren arbeiter, einfache leute...".

14. 9. 74 - man beschuldigt eta und präziser ausgedrückt juan manuel galarraga aus zaldivia (guipuzcoa) das attentat in madrid ausgeführt zu haben. eta hat dieses attentat offiziell weder zugegeben noch bestritten; galarraga befand sich zum zeitpunkt der explosion in nord-euskadi. nachdem jon urcelay imaz (26 jahre) vor zwei monaten durch einen unserer kommandos aus dem hospital in san sebastian befreit wurde, weigerte er sich ins exil zu gehen und kämpfte weiter mit seinen kameraden im geheimen. alle recherchen und verhaftungen wurden durch die guardia civil durchgeführt. die folterungen waren unbeschreiblich.

der tod von jon urcelay imaz

(geschrieben von den gefangenen in san sebastian)

wieder ist ein baskischer arbeiter, der für sein volk gekämpft hat, ermor-

det worden. jon war bereits gefesselt!

schon seit einiger zeit ist klar und wird es immer klarer, daß verhaftungen und einkerkerungen nicht genügen, unseren kampf zu unterdrücken. das beste beispiel ist jon. nachdem er 16 monate verhaftet war, wurde er vor drei monaten von einem unserer kommandos aus dem hospital in san sebastian befreit. er weigerte sich, ins exil zu gehen und kämpfte weiter.

die spanische regierung weiß, daß jeder gefangene baske weiterkämpft. daß deshalb die harten strafen, die folterungen nicht ausreichen. franco und seine terror-organisationen - guardia civil, polizei und sozialbrigade (so was wie die mek's in der brd) - suchen daher nur eine lösung: den tod ihrer feinde, den tod der baskischen arbeiter.

baskische arbeiter, der zeitpunkt ist gekommen, wo wir auf den neuen typ der unterdrückung, die systematische ermordung unserer militanten auf der straße, eine antwort geben müssen.

baskische arbeiter, schöpft mut! wir müssen uns vereinigen und im kampf organisieren!

(auszüge aus zwei kommuniqués der auslandsabteilung der eta vom 10. und 11. oktober)

jose antonio garmendia (tupa) wurde offiziell der hinrichtung des mitglieds des informationsdienstes der guardia civil, posada, angeklagt.

laut aussage der polizei hat tupa gebeichtet, an dieser aktion teilgenommen zu haben. die polizei hat den ersten liberado, der ihr in die hände fiel, für diese tat verantwortlich gemacht. es ist nicht das erste mal, daß so etwas geschieht; was eindeutig feststeht ist, daß tupa eine lange periode - durch den kopfschuß - bewußtlos war. es scheint, daß sie nur einen prozeß gegen die zwei militanten und die madrid-gruppe machen wollen. die gefahr des todesstrafegesuches wird jeden tag größer, wir dürfen nicht vergessen, daß puig antich wegen der hinrichtung eines polizisten ermordet wurde! veranlassen wir, daß dies nicht wieder geschieht!

kontrollen von der guardia civil auf französischem territorium

in der nähe von dancharia auf französischem territorium machten mehrere guardia civiles ausweiskontrollen. verschiedene französische bürger, die von dieser illegalen kontrolle betroffen wurden, haben anzeige erstattet. einige franz. polizisten (servicio regional de policia judicial), die dort vorbei gingen, wurden ebenfalls "kontrolliert". diese polizisten haben die guardia civil vom französischen territorium verwiesen.

LONDON (ID)

25. oktober

die britische polizei hat eine mit militärischer präzision organisierte großfahndung nach mitgliedern irischer organisationen eröffnet, die sich angeblich gegen die verursacher der jüngsten bombenanschläge richten.

diese bombenattacken sind jedoch von keiner fraktion der ira verübt worden. die provisorische ira z. b. gibt inzwischen allwöchentlich ein genaues kommunique aller anschläge heraus, die dort minutiös beschrieben werden. die englischen attacken finden darin keine erwähnung. zum anderen ist bekannt, daß jedem anschlag der ira eine warnung unter nennung des vereinbarten codwortes vorausgeht.

vorstellbar ist jedoch, daß anschläge wie polizeiliche großrazzia einem wichtigem politischen ziel dienen: der verhinderung der von fast allen linken britischen organisationen vorbereiteten "troops out" tage, einer breiten kampagne in allen britischen städten, wobei der abzug der englischen armee aus nordirland gefordert wird. die kampagne begann vergangenen samstag, die polizeigroßaktion den tag davor. und schon die bomben selber dürften den zweck verfolgt haben, weniger englische eliteinternate für knaben in die luft zu sprengen, als antiirische emotionen in der bevölkerung zu produzieren und die politische troops out bewegung zu desavouieren.

schließlich stehen die anweisungen für solche "tricks" im ungeschminkten buch des britischen geheimdienstgenerals frank kitson.

bezug des buches: westdeutsches irlandsolidaritätskomitee, 637 oberursel 5 - postfach 35

WASHINGTON (ID/LNS)

US KAPITALHILFEREKORD IN CHILE

25. oktober

chile wird dieses jahr 85 millionen \$ auslandshilfe von den usa erhalten - mehr als irgend ein anderes lateinamerikanisches land. das ist mehr als doppelt so viel, wie die gesamte kapitalhilfe während der 4 jahre der unidad popular. das meiste geld aus dieser zeit floß sowieso in die streitkräfte und die faschistische opposition. für brasilien ist mit 70 millionen dollar die zweitgrößte finanzhilfe in südamerika vorgesehen. 60 million \$ daraus werden für militärische zwecke benutzt.

SANTIAGO (ID)

WIDERSTAND IN CHILE :
VERSORGUNGSAKTION FÜR DEN KAMPF

24. oktober

mußte das cia-blatt "el mercurio" (die faz von chile) von einem banküberfall berichten.

mitten im zentrum der hauptstadt holten sieben junge männer, "gut gekleidet, maskiert und mit chilenischem akzent", über 40 millionen escudos - das sind zur zeit etwa 32.000 mark - aus einer filiale der bank von chile.

die aktion am hellen vormittag bei dichtem straßenverkehr verlief beinahe perfekt, ein bankangestellter wurde durch zwei schüsse daran gehindert, die bullen zu holen.

obwohl daraufhin ein riesiger such- und kontrollterror angeleiert wurde, sind die genossen mit dem geld dort, wo sie gebraucht werden.

NEW YORK (ID/LNS)

BRANDANSCHLAG AUF SCHWULEN- UND LESBENBÜRO

19. oktober

auf die räume der "new york gay activi st's alliance" (gaa) und der "lesbian feminist liberation" (lfl) (beide in einem haus) wurde ein brandanschlag verübt. (am 15. 10.)

"das ist gewiß ein ausdruck der feindseligkeit gegen die gaa und alles, wofür wir kämpfen", sagte der ehemalige vorsitzende, monty manford. der brand wurde an 6 stellen in dem haus mit benzinkanistern gelegt. ein teures video-gerät, musikanlage und büromaschinen fehlten nach dem anschlag. es ist noch nicht klar, ob die räume wieder benutzbar sein werden. in letzter zeit häufen sich derartige angriffe. in drei anderen städten wurden zentren von schwulenorganisationen in brand gesteckt. letztes jahr starben 32 gäste durch einen anschlag auf ein schwulenlokal in new orleans.

MADISON HEIGHTS, MICHIGAN (ID/LNS)

ZIGARETTENPAPIER NUR NOCH GEGEN AUSWEIS

19. oktober

in madison heights, einer kleinstadt in michigan, hat der stadtrat einem antrag zugestimmt, nach dem sich käufer von zigarettenpapier ausweisen müssen. die geschäftsinhaber werden aufgefordert, die namen der "papierchen-kunden" aufzuschreiben.

laren king (stadtratsmitglied) begründete den antrag mit dem hinweis, daß der großteil der zigarettenpapier-käufer marihuana dreht, und diese leute durch die registrierung ihrer namen davon abgehalten werden sollen.

nichtregistrierte sollen mit 100 \$ und 30 tagen knast bestraft werden.

BYHALIA (MISSISSIPPI) (LNS/D)

POLIZISTENMORD AN SCHWARZEM JUGENDLICHEN

15. oktober

zwei wochen, nachdem ein weißer bulle einen jungen schwarzen in der zu 60 prozent mit negern bewohnten kleinstadt byhalia erschossen hat, begann am 11. juli ein boykott gegen weiße geschäftsleute. nach angaben der polizei soll der jugendliche young fahrerflucht begangen haben und darauf von den beiden weißen polizisten norris und hannah verhaftet worden sein. diese behaupteten, young hätte die hintertür des wagens geöffnet, sei weggerannt, und hätte sich bei einem kopfsprung in einen holzzaun das genick gebrochen. nachdem jedoch eine kugel in seiner schulter gefunden wurde, gab hannah zu, daß er nach mehrmaligen aufforderungen stehen-zubleiben, geschossen hätte. der präsident der lokalen bürgerrechtsgruppe legte kurze zeit später dem bürgermeister eine petition vor, hannah wegen mordes anzuklagen und gegen die beiden anderen bullen eine untersuchung einzuleiten. nachdem bis zum 11. juli keine antwort erfolgte, begann der boykott gegen 20 weißes geschäfte; deren umsatz ging daraufhin um die hälfte zurück. am nächsten tag wurde hannah wegen mordes angeklagt, jedoch nach seiner verhaftung gegen eine kaution wieder freigelassen. die bürgerrechtsgruppe forderte, norris auch anzuklagen. nach einigen diskussionen erweiterte die gruppe ihre forderungen nach besserer vertretung in der stadt und beendigung der diskriminierung. am 22. august entschied das gericht, daß hannah und die anderen beamten unschuldig seien. das verfahren wurde eingestellt.

als jedoch der protest weiterging, nahm das gericht die sache wieder auf; aber nicht wegen des mordes an young, sondern wegen der proteste. zeugen wurden vernommen, die auskunft gaben über mitgliedschaft und finanzierung der bürgerrechtsbewegung.

am 17. september wurde auf vier mitglieder der bewegung mehrmals geschossen, jedoch keiner verletzt. die täter wurden nicht ermittelt. die situation ist für die schwarzen nicht besser geworden, aber der boykott geht weiter.

ERKLÄRUNG

HUNGERSTREIK DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN SPANIEN

seit dem 28. september befinden sich in den spanischen gefängnissen die politischen gefangenen in hungerstreik. der streik fing in zaragoza an und hat sich auf andere gefängnisse ausgebreitet. zur zeit sind etwa 200 politische gefangene im hungerstreik: in maturtene (san sebastian), basauri (bilbao), pamlona, madrid, segovia, santona (santander) und burgos. die hungerstreiks sind defensive aktionen, die unsere militanten in den gefängnissen als antwort gegen die repressiven maßnahmen der frankistischen regierung machen.

in einer kirche von san sebastian schlossen sich 37 mütter unserer gefangenen ein, um sich mit dem hungerstreik zu solidarisieren. 48 stunden lang hielten sie durch, die polizei kam nicht, obwohl der pfaffe die tür nachts offen ließ, um den bullen den zugang zu erleichtern.

die forderungen der politischen gefangenen:

1. zusammenlegung aller gefangenen in einem oder zwei gefängnissen.
2. aufhebung der langen untersuchungshaft, stattdessen freilassung gegen kaution.
3. recht auf einen anwalt vom moment der festnahme an.
4. ärztliche hilfe bereits im kommissariat.
5. höchstdauer von 72 stunden im kommissariat.
6. aufhebung der zensur, zugang zu allen legalen publikationen.
7. möglichkeit der benutzung der heimischen sprache (katalanisch, baskisch und galizisch) in wort und schrift.
8. möglichkeit des aktendstudiums.
9. bei schweren krankheiten oder todesfällen in der familie möglichkeit zum besuch im krankenhaus bzw. der beerdigung.
10. einrichtung adäquater studienmöglichkeiten.
11. ausreichende hofe für sport und spaziergänge.
12. medizinische und sanitäre hilfe, anwesenheit eines arztes und ausreichender betreuer.
13. ausreichende und gut zubereitete ernährung.

dies sind die allgemeinen forderungen, aus denen gleichzeitig die gegenwärtige situation klar wird. die hauptforderung aber ist:

generalamnestie für alle politischen gefangenen und rückkehr aller aus dem exil.

der hungerstreik der gefangenen in zaragoza ist inzwischen beendet.

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1

DIE ZERSTÖRTE UNIVERSITÄT (schluß)

es war unmöglich, die erziehungspolitik, die mit organisationen wie dem bid, der weltbank, cies etc. eng verbunden ist, in einer uni anwenden zu wollen, die zerbrochen wurde durch die ideologische vormundschaft des systems und den traditionellen parteien. als man nicht fähig war, die uni wiederzuerobern, entschied man sich, sie brutal niederzuschlagen. der prozeß der militarisierung, polizeirektoren und generelle repression, die die staatlichen universitäten in den letzten 3 jahren erleiden mußten, enthüllt die eingenommene richtung, die von der regierung auf diesem gebiet verfolgt wird. man erzwingt den "akademischen frieden" auf der grundlage, das eigentliche wesen der autonomie und kritischen unabhängigkeit der uni zu zerstören.

die ausführung des regierungsplanes hat die existenz eines ergebenen und unterwürfigen lehrkörpers zur voraussetzung. man errichtet also eine starke repression gegen die bewußt denkenden professoren, die von hinauswurf ohne juristische berechtigung bis hin zur änderung des dozentenstatus reicht. indem sie wie öffentliche angestellte mit freier ernennung und absetzung eingestuft werden, verschwindet ihre arbeitssicherheit. das ziel ist, den status der festangestellten professoren zu beseitigen, ihre gremialen organisationen zu vernichten, und sie mit auf zeit angestellten professoren zu ersetzen, die vorzugsweise öffentliche beamtete sind. auf diese weise wird ermöglicht, die ideologische kontrolle der universität den traditionellen parteien zurückzugeben.

dieser systematische und geplante druck auf die uni bewirkte einen beträchtlichen rückgang der studentischen kämpfe während des jahres 1973. nach 2 jahren ununterbrochener schläge, schwierigkeiten, hinauswürfen gerät die studentenbewegung in einen erzwungenen und erklärlichen rückzug. aber das sollte nicht lange dauern.

im jahre 1974 zeigte sich, daß die unversöhnlichen angriffe der regierung weder erreicht haben, die organisatorischen fähigkeiten zu brechen, noch den konsequenten kampfegeist der studenten und professoren vernichten konnten. obwohl nur 2 monate bis zu seiner regierungsübergabe fehlen, hat pastrana noch die bescheidene zahl von nur 29 militärbesetzungen in den uni-zentren erreicht. während seiner regierungszeit wurden 14 studenten von den öffentlichen sicherheitsorganen ermordet, ein weiterer "rekord" der frente social. ein regime, das sich mit schlägen gegen studenten einführt (cali, febr. 71), beendet seine tage mit weiteren 2 toten: josé dario palma und josé yesid castaneda, am 18. april in bogotá.

die protestreaktion, die diese neue mörderie auslöst, zeigt die gewaltige wiedererhebung der studentenorganisationen. in den größten städten des landes werden massive trauerzüge veranstaltet und in bogotá bevölkern etwa 20.000 studenten den platz von bolivar. es werden neue konflikte in den verschiedenen unis ausgelöst und besonders dort, wo anscheinend die repression am meisten institutionalisiert schien, wie die neuesten fälle von barranquilla und cartagena. die durch die frühere repressive erfahrung gestärkte studentenschaft zeigt nun ihre kämpferische neugruppierung. ihr hauptziel wird zweifellos die demokratische wiedereroberung der uni sein. mit anderen worten, aus der uni bis zur letzten spur die "frente social" auszulöschen.

daten eines repressiven kalendariums:

- | | |
|--------------------|--|
| 1971 feb. 26.-27.: | besetzung der universität del valle, zusammenstöße in cali mit einem saldo von 15 toten. |
| märz 4.: | "tuto" gonzales in popayan ermordet im verlauf einer studenten manifestation. |
| april 15.: | 9 studenten verletzt durch kugeln bei konfrontation mit truppen in bucarananga, die uni. indus, de san. milit. besetzt. |
| april 20. | besetzung der univ. nacional, mehr als 200 verhaftungen. |
| juli 7. | die marine greift in die uni von cartagena ein. |
| juli 24. | 200 studenten abgewiesen; 16 der uis und 99 vom colegio santander entfernt. |
| sept. 22. | 8 studenten der uni nac. rausgeworfen, polizeibesetzung von univ. de atlantico und modellin. |
| oct. | julian r. villarreal in baaranquilla beim besetzen des colegio ermordet. |
| oct. 29. | wiederbesetzung der uni v. cartagena, 19 studenten in tulua verhaftet |
| nov. 3. | truppen in der nac. uni ziehen sich nach 3 mt. zurück |
| nov. 27. | der mercedes des ministers galán angezündet bei instälierung der "neuen provisorischen regierung" in der uni nac. (neubesetzung) |

- 1972 febr. 26. 20 studenten und zivile verletzt während des gedenkens an die mordaktion von cali. mehr als 100 personen verhaftet.
- märz 22. 14 studenten und 10 professoren der univ. von quindio rausgeschmissen.
- april 6. univ. autónoma von medellin militärisch besetzt.
- april 13. polizei-kommandant beschuldigt rektor de greiff der uni nac. der entstandenen unruhen. schwer verletzte studenten der uni antioquia.
- april 14. gewaltsame besetzung der weibl. unterkünfte der uni. nac. durch polizei. (5 mädchen erhalten bleibende verletzungen)
- april 18. in unis von valle, tunjy u. cartagena arbeit wieder aufgenommen, strikte militär-kontrolle. philos.-seminar in uni caldas eingest.
- april 27. univ. von quindio besetzt, 25 studenten verletzt.
- juni zusammenstöße in barranquilla, 10 studenten verhaftet.
- oktober univ. pedagógica besetzt, 400 studenten verhaftet.
- oktober 24. polizei zieht sich von univ. nac. zurück.
- nov. 9. wiederbesetzung der univ. nac. durch streitkräfte, 57 verhaftungen durch birm und 120 durch fuerza disponible (bereitschaftspolizei), 19 studenten und professoren rausgeschmissen. prof.-aktivitäten in wirtsch. anthropol. soziol. und philos. aufgehoben.
- nov. 18. univ. de narino besetzt. 11 studenten verletzt, 2 mit kugeln. ausgehverbot in pasto.
- nov. 16. rektor der uni. nac. vergibt ausweise, um die uni betreten zu können.
- dez. 7. univ. nac. von medellin geschlossen.
- 1973 febr. 16. 170 matrikeln in der univ. nac. ungültig erklärt.
- juni 8. durch DAS (geheimpolizei) der student ernesto barrienteos ermordet. ausgehverbot in medellin.
- juni 12. truppen der 5. brigade besetzen die uis, 25 studenten verhaftet
- juni 14. 47 personen verletzt bei zusammenstößen in bogotá, ibague, santa marta und medellin. 52 studenten der uni. nac verhaftet.
- juli 16. 35 studenten der uis und 30 der uni. antioquia rausgeschmissen
- sept. 23. 7 studenten der uni. nac. rausgeschmissen und 27 vorläufig entfernt. professoren der wirtschafts- und humanwissenschaft. fakultäten gefeuert.
- nov. 14. uni. pedagógica geschlossen. gruppen der bereitschaftspolizei übernehmen kontrolle in univ. nac.
- 1974 april 18. die studenten der uni. nac. josé y. castaneda und josé d. palma ermordet.
- mai 9. gewaltsame besetzung der uni del cauca. schwer verletzt der student armando sandoval.
- mai auf anordnung des rektors die univ. del atlantico milit. eingenommen. 16 studenten rausgeschmissen. versammlungen und zusammenstöße in univ. de cartagena. der rektor kündigt eine "harte hand" an, um die aufrührerischen tätigkeiten zu unterdrücken.

(Übersetzung aus: alternative, no 9, juni 1974)

DOKUMENT 2

NOCH'NE RAZZIA IN DER BOCKENHEIMER LANDSTR. 93

gedanken, die einem da so kommen: als es morgens am 22. 10. um 1/2 7 uhr wie irre klingelte, der hund mao wie verrückt knurrte, hats bei mir getickt: ein blick aus dem fenster: klar, die grüne armee war wieder da! ich konnte grad noch in den flur "vorsicht bullen!" brüllen, da kam die dunstwolke schon reingeplatzt, diesmal mit helmen und gezogenen gummiknüppeln, die mp's erst in der zweiten reihe. als erstes kam mir sofort der gedanke, - jetzt kriegten wir die abreibung von der varrentappstr -, so kamen die reingeplatzt. aber das groteske war wohl, als die "guten morgen" sagten. pervers was? na ja, und dann kam das übliche: zivile invasion. pervers ist auch, daß man hier von üblich redet. alles durchstößert. lauter unnützes zeug mitgenommen. aber: 3 genossen verhaftet, einfach wegl das hat erstmal gesessen! da haste mit denen noch gestern gequatscht, winkst ihnen noch zu beim abtransport, weil du auch nicht so richtig tickst, was die schweine von uns wollen und dann weg. wer kann wissen für wie lange?! aber so eine razzia (auch die schon gewesenen razzien der '93) bringt auch was zum nachdenken. nicht nur, daß irgendwelche typen einen bespitzeln, nein, klar sein mußte außerdem, wenn man was macht (was wohl!), dann ohne zuschauer, ohne zuhörer, kein geschwätz (das "kein geschwätz" wiederhole ich am besten!) absolut nix, wann endlich ist das klar? außerdem ist dringend zu empfehlen bei einer razzia: ruhe und nochmals ruhe bewahren! das ist kein geschwätz. die bullen waren diesmal so unsicher, so nervös, und der finger am drücker ist schnell krumm und dann bumm (ich dank an all die vielen, die schon draufgingen, weil sie sich normal verhielten. auch solche gedanken: chile, griechenland oder "anarchist aus dem fenster des bullenklosters gefallen" erdrückend ist das ohnmachtsgefühl bei so einer razzia: ganz anders als bei einer demo, da kannst du dich wehren, aber was machen mit ner knarre im rücken! aber wie gesagt, paar sachen werden klarer, egal ob grüne zivile oder mekscheißer, die da die '93 so berüchtigt machen. immer wichtiger wird: vorsicht bei den kleinsten dingen, z.b.: telefonlisten.

und für die genossen, die jetzt für uns im knast sitzen: keine angst, wir werden euch schon rächen. irgendwann, irgendwo! da wird kein knechter mehr froh. das ist nicht spaßig gemeint! denn wie will man die stoppen, die die gewalt dieses scheiß-staates erkannt haben? und wer? lassen wir uns von denen nicht fertigmachen, auch wenn die muffe fliegt, wenns nachts mal gegen die tür rumst! eins ist ja wohl klar: wir gewinnen - zusammen!

einer aus der '93

(ein bericht über die hintergründe und konsequenzen der razzia wird im nächsten id abgedruckt - die red.)